

2 Schutz der Biodiversität in NRW – global denken und lokal handeln.

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2480

Für die CDU-Fraktion hat Dr. Ralf Nolten das Wort.
Bitte schön.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Schöpfung ist ein Geschenk, das wir noch nicht in Gänze kennen, aber bereits stückchenweise verlieren. Wir achten nicht genug auf unseren Konsum, auf unsere Mobilität und auf unseren Flächenbedarf. Das hat Konsequenzen in den Ländern des Südens, mit denen wir über die Globalisierung stärker als jede Generation vor uns verbunden sind.

Unzufrieden mit der Umsetzung von FFH-, Vogelschutz- und Wasserrahmenrichtlinie treibt die EU ihre Biodiversitätsstrategie voran. Seitens des Bundes wird andernorts Flächenschutz über finanzielle Anreize betrieben. Wir bleiben hingegen für den Erhalt der heimischen Tier- und Pflanzenwelt verantwortlich.

Gerade auf der örtlichen Ebene machen die Kommunen, die Landwirtschaft, der Forst, der Naturschutz und die Heimatverbände im Siedlungsbereich, auf der Feldflur, auf den Wiesen und im Wald manches richtig gut. Sie legen Blühstreifen an, pflegen extensive Grünflächen und lassen Saumbiotope entstehen, wo früher kurz gemähte Rasenflächen waren. Die Fläche im Vertragsnaturschutz stieg in NRW in den letzten sieben Jahren von 25.000 auf 40.000 ha. Und doch reicht das nicht, um den Artenrückgang in allen Bereichen zu stoppen.

Was können wir tun? Unsere Naturschutzgesetzgebung kennt verschiedene Instrumente, mit denen unter anderem die biologische Vielfalt gesichert werden soll. Verbote und Gebote bei Schutzgebietsausweisungen, die Eingriffsregelung oder der Vertragsnaturschutz sind seit Jahrzehnten nahezu unverändert im Einsatz; in NRW basierend auf flächendeckender Landschaftsplanung als konzeptionellem Rahmen.

Die Landschaftspläne legen auf örtlicher Ebene für die offene Landschaft die Naturschutzgebiete und andere schützenswerte Bereiche fest, beschreiben die konkreten Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen und geben Hinweise, wo Hecken, Ackerraine und Blühstreifen angelegt und Bäume gepflanzt werden sollten. Vieles ist in der Umsetzung jedoch unkoordiniert. Ob Ausgleichsmaßnahmen, Vertragsnaturschutz, freiwillige Pflanzaktionen – oft fehlt der Bezug zum Landschaftsplan.

Für seine Umsetzung gilt zudem, was die Biodiversitätsstrategie 2015 schon feststellte: Insbesondere zur Beseitigung der Vollzugsdefizite ist eine sachgerechte Personalausstattung in der Naturschutzverwaltung auf allen Ebenen erforderlich.

Wir wissen nicht, wie es bei unseren kleinteiligen Schutzgebieten um die Natur vor unserer Haustüre wirklich bestellt ist, ob wir unsere Naturschutzziele bereits erreicht haben oder wie viel Prozent der Fläche wir für den Biotopverbund wirklich benötigen. Die Ökologische Flächenstichprobe hat als Referenz ihre Berechtigung. Hilft sie uns aber in der Breite?

Für die konkrete Situation vor Ort sind die von der EU vorgeschlagenen Indizes – der Schmetterlingsindex für das Grünland, der Feldvogelindex für Ackerflächen, das Set für Waldflächen bestehend aus sechs Indikatoren sowie der Indikator zur organischen Kohlenstoffsequestrierung – ein Aufschlag.

Wir wollen den Kreis, die Kommunen, die Landwirte, die Naturschützer, die Biostationen, die Landwirtschaftskammer und die Stiftungen vor Ort an einen Tisch bringen, um gezielt Landschaftspläne umzusetzen. Die Zusammenarbeit vor Ort ist uns wichtig. Wir wollen dabei neue Wege gehen und modellhaft neue Vertragsangebote ausprobieren, die erfolgsbasiert sind.

Erstmalig formuliert der EU-Verordnungsentwurf zur Nature Restoration auch Vorgaben für die Städte: 5 % Grünflächen und eine Blattdachbedeckung von 10 % in 2050.

Für die größeren Städte brauchen wir Grünordnungspläne, mithin Konzepte, wie Straßenbegleitgrün, Friedhöfe, Parks, Fassaden und Dachbegrünungen zu einem grünen Netzwerk werden. Das hilft nicht nur gegen den Artenschwund, sondern auch gegen Staub- und Hitzebelastung oder gegen Überschwemmungen bei Starkregen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Fließgewässer vernetzen Biotopstrukturen. Es braucht eine strategische Finanz- und Maßnahmenplanung auf Ebene der Regierungsbezirke und des Landes, um die wichtigsten Maßnahmen zur Erreichung der Durchgängigkeit in den nächsten Jahren über Flurbereinigung, Flächenkauf und Ausgleichsmaßnahmen wie versprochen im dritten Bewirtschaftungsplan umzusetzen.

Biodiversität zu fördern heißt, Lebensqualität zu gewinnen. Lassen Sie uns im Ausschuss über die besten Wege dorthin auf der Grundlage unseres strategischen Ansatzes diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat nun Dr. Wille das Wort. – Bitte sehr.

Dr. Volkhard Wille (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Dezember 2022 hat im kanadischen Montreal die 15. Vertragsstaatenkonferenz zur UN-Biodiversitätskonferenz stattgefunden.

Dort wurden auf völkerrechtlicher Ebene die Eckpunkte zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlage verhandelt. Dies bildet auch für uns in NRW den Rahmen unserer Politik.

Worum geht es hier? – Bei der Klimakrise ist fast jedem klar, warum diese lebensbedrohend ist: Dürre gefährdet Trinkwasserversorgung und Landwirtschaft, der steigende Meeresspiegel überflutet Küstenregionen und die steigende Temperatur macht immer größere Bereiche der Welt unbewohnbar.

Die Biodiversitätskrise dagegen ist zwar genauso existenzgefährdend, aber ihre Auswirkungen sind oft erst auf den zweiten Blick erkennbar: Fehlen bestäubende Insekten, sterben zahlreiche Pflanzen aus und Erträge in der Landwirtschaft gehen zurück. Wenn Stoffkreisläufe unterbrochen werden, wenn wichtige Bodenorganismen wie zum Beispiel Regenwürmer den Kreislauf von Zersetzung, abgestorbener Biomasse hin zu neuen Nährstoffen nicht mehr machen, merken wir die Verschlechterung nur mit zeitlicher Verzögerung.

Die Auswirkungen sind aber fundamental, auch wenn das Problembewusstsein in der Gesellschaft noch nicht so ausgeprägt ist.

Bei der Weltnaturkonferenz in Montreal wurde am 19.12.2022 ein Rahmenabkommen zum Schutz der globalen Biodiversität verabschiedet. Das Abkommen ist ein Meilenstein für den Erhalt der Biodiversität und ein wichtiges Signal des Aufbruchs. Mit klaren Zielvereinbarungen spannt die internationale Gemeinschaft einen Schutzschirm für die Natur gegen den rasanten Verlust der Arten- und Ökosysteme auf.

Unter anderem sollen bis zum Jahr 2030 ein Drittel der Land- und Meeresfläche unter effektiven Schutz gestellt werden. Der Einsatz von Pestiziden soll halbiert und umweltschädliche Subventionen abgebaut werden. Zudem werden die Rechte indigener Gemeinschaften gestärkt und die Länder des globalen Südens, die häufig nicht über die notwendigen Mittel für Natur- und Artenschutz verfügen, sollen Unterstützung erhalten.

Diese Versprechen gilt es nun mit Leben zu füllen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Klimakrise, die Biodiversitätskrise und das Artensterben können nur gemeinsam gelöst werden. Mit dem vorliegenden Antrag umreißen wir verschiedene Vorhaben der Koalition von CDU und Grünen im Bereich des Biodiversitätsschutzes.

Wir wollen zum einen unser Fachkonzept, die Biodiversitätsstrategie NRW von 2015, auf den aktuellen Stand bringen. Die Weiterentwicklung landesweiten Biotopmonitorings ist als Steuerungsinstrument der Maßnahmen unerlässlich.

Zahlreiche Einzelpunkte stehen an: die Ergänzung des landesweiten Biotopverbundes um die Modellregion des Rheinischen Reviers, die Ausweisung eines zweiten Nationalparks. Wir müssen die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinien beschleunigen und damit wichtige Maßnahmen zur Wiederherstellung freifließender Gewässer und zum ökologischen Hochwasserschutz – auch ein Aspekt der Biodiversität – einleiten.

Einige andere Punkte, die wir mit dem Antrag auf den Weg bringen, hat mein Kollege von der CDU, Herr Ralf Nolten, gerade dargestellt.

Nicht zuletzt gilt auch im Naturschutz: Ohne Geld geht es nicht. Daher stellen wir dieses Jahr mit dem „Landesprogramm zum Erhalt der biologischen Vielfalt“ erste Finanzmittel für konkrete Maßnahmen zur Verfügung – auch in Kombination mit anderen Programmen der EU und des Bundes, um hier möglichst viel Fördermittel nach NRW zu holen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mit der schrittweisen Verdopplung des Naturschutzetats versetzen wir die verschiedenen Akteure wie Kommunen, Landkreise, biologische Stationen und Verbände in die Lage, mehr Projekte zum Schutz der Biodiversität umzusetzen.

Mit dem vorliegenden Antrag und darüber hinaus machen wir deutlich, dass sich unsere Politik gut in die globalen und nationalen Politikkonzepte einfügt und Nordrhein-Westfalen seiner Verantwortung gerecht wird, getreu dem Motto: Global denken, lokal handeln. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Kollege Schneider das Wort.

René Schneider (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Insekten retten, Artenschwund stoppen – mit diesem Anspruch war die größte Volksinitiative Nordrhein-Westfalens im Sommer 2021 gestartet. Am Ende

haben 115.000 Menschen für die acht Forderungen der Volksinitiative „Artenvielfalt“ unterschrieben.

Dazu zählte damals unter anderem der Wunsch nach einer naturverträglichen Landwirtschaft und nach einem zweiten Nationalpark in der Senne.

Leider hat sich die schwarz-gelbe Mehrheit damals wenig bis gar nicht um diese Forderungen geschert, sondern die Behandlung im Ausschuss und im Plenum auf ein Mindestmaß reduziert,

(Zuruf von Bianca Winkelmann [CDU])

Frau Winkelmann. Zu lästig war vor allem Ihnen von der CDU damals das Bündnis aus Naturschutzorganisationen, der SPD und auch der Grünen kurz vor der Landtagswahl.

Wie groß die Versäumnisse der vorherigen Landesregierung im Bereich des Artenschutzes waren, zeigt sich heute. Es zeigt sich heute nämlich daran, dass man im Antrag zur rot-grünen Biodiversitätsstrategie von 2015 zurückkehren muss, um überhaupt einen Anpack bei dem Thema zu bekommen.

Knapp ein Jahr, nachdem NABU und BUND hier im Landtag regelrecht abgefertigt worden sind, liegt nun also ein Antrag zum Schutz der Biodiversität in Nordrhein-Westfalen vor. Er trägt auch die Unterschriften zahlreicher grüner Kolleginnen und Kollegen, die damals die Volksinitiative unterstützt haben. Doch im Antragstext wird diese erfolgreiche Volksinitiative kein einziges Mal erwähnt. Auch die acht Forderungen spielen eine geringe bis gar keine Rolle mehr im Antrag. Sie sind vielmehr durch den Mixer gedreht worden. Herausgekommen ist eine Aneinanderreihung einzelner Wünsche aus den Fraktionen der CDU und der Grünen.

Offenkundige Widersprüche auch im eigenen Handeln werden dabei anscheinend schlicht ignoriert. Sie wollen die Weidetierhaltung durch eine Prämie stützen, weigern sich aber, die Weidetierhalter beim Schutz gegen den Wolf ausreichend und dauerhaft finanziell auszustatten. Sie sprechen von der Reduzierung der Pflanzenschutzmittel, halten das Tor für deren Nutzung in Naturschutzgebieten aber weiterhin sperrangelweit offen. Positionen wie beim Nationalpark Senne räumen Sie quasi über Nacht, indem Sie plötzlich einfach ein offenes Beteiligungsverfahren propagieren. Schuld sei die neue militärische Lage, die eine Übergabe zur zivilen Nutzung verunmögliche.

Liebe grüne Kolleginnen und Kollegen, das hätte man auch schon im Frühjahr 2022 absehen können, als Sie noch fröhlich mit der Senne Wahlkampf gemacht haben. Eines Ihrer diesbezüglichen Plakate hängt noch immer an einer Ihrer Bürotüren hier im Landtag. Mal ehrlich: Vielleicht hängen Sie das mal ab.

Aber mittlerweile muss man ja schon froh sein, wenn das Thema überhaupt angepackt wird. Daran, den Landtag und seinen Ausschuss an diesem Prozess zu beteiligen, mussten wir Sie erst erinnern.

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Oh je!)

Überhaupt knirscht es in den beiden zuständigen Ministerien gewaltig. Der Haushalt 2023 ist das beste Beispiel dafür. Die auch im vorliegenden Antrag vollmundig gelobten Biologischen Stationen erhalten nämlich erst mal gar nichts. Die rund 7 Millionen Euro unter der Haushaltsstelle „Biostationen“, so erfuhren die staunenden Ehrenamtler und befristeten Projektbeschäftigten vor Ort, seien gar nicht für sie, sondern irgendwie auch für alle anderen und alles andere bestimmt. Auf Summen festlegen wollte man sich dabei nicht. Ich sage Ihnen, wo Ihr handwerkliches Problem liegt: Eigentlich wollten Sie schon jetzt die dringend notwendige Million auszahlen. Weil die Auszahlung aber noch an der zwingenden Kofinanzierung der notorisch klammen Kreise und kreisfreien Städte zu scheitern drohte, müssen Sie nun erst die Förderrichtlinien ändern.

Wenn Sie doch nur einmal bereit wären, die drängendsten Fragen unserer Zeit – über diese reden wir in Zusammenhang mit der Artenvielfalt – gemeinsam mit der Opposition zu diskutieren, dann kämen wir auch auf passende und schnell wirksame Lösungen. Es freut uns deshalb, dass Sie diesmal – übrigens anders als beim Umweltscheck, der eilig durchgewunken wurde, aber bis heute noch nicht eingeführt ist – einer Überweisung das Wort reden und diese beantragen. Eine Anhörung zum Thema ist ebenfalls angekündigt. Ich hoffe inständig, dass Sie die Erkenntnisse daraus anschließend nicht einfach achtlos wegwerfen, wie Sie das mit der Volksinitiative Artenvielfalt getan haben. Der Überweisung stimmen wir deshalb selbstverständlich zu. – Glückauf und Gottes Segen!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Christof Rasche: Kollege Brockes für die FDP-Fraktion.

Dietmar Brockes³⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die schwarz-grüne Regierungskoalition will also die Biodiversitätsstrategie fortschreiben, das Monitoring verbessern und einen Beteiligungsprozess für einen zweiten Nationalpark initiieren. Der Erhalt der Biodiversität ist neben dem Klimaschutz ohne Zweifel eine der größten, wenn nicht sogar die größte Herausforderung, vor der wir stehen. Dieser Herausforderung müssen wir gerecht werden und bestehende Beschlüsse dieses Hauses rasch umsetzen.

(Beifall von Anja Butschkau [SPD])

Aber das tut Schwarz-Grün eben nicht. Der vorliegende Antrag ist leider nur ein Schaufensterantrag. Für die Fortschreibung der Biodiversitätsstrategie braucht es diesen Antrag nicht; denn die Verbesserung und Weiterentwicklung des Monitoring der Biodiversität haben wir hier bereits in der vergangenen Legislaturperiode gefordert und auch beschlossen. Aber leider hat dies bisher weder das ehemals schwarzgeführte noch das jetzt grüngeführte Umweltministerium umgesetzt. Auch die Forderung, eine landesweite Übersicht der vorhandenen Landschafts- und Grünordnungspläne vorzulegen, haben wir in der vergangenen Legislaturperiode nicht nur aufgestellt, sondern ebenfalls beschlossen. Es hapert nicht an der Beschlussfassung, sondern an der Umsetzung durch diese Landesregierung.

(Beifall von der FDP)

Die FDP-Fraktion hat im Oktober 2022 in einer Kleinen Anfrage Drucksache 18/1097 die Landesregierung gefragt, wie es mit der Umsetzung der Beschlüsse aus dem Antrag „Das Anliegen der Volksinitiative für den Artenschutz in Nordrhein-Westfalen würdigen und Artenschutz stärken“ Drucksache 17/15755 steht, den ich gerade schon erwähnte. Sie schreiben in Ihrer Antwort, dass der Vertragsnaturschutz ein wichtiges Instrument ist. Ist das wirklich alles, was die schwarz-grüne Landesregierung zu dem Anliegen der Volksinitiative für den Artenschutz in Nordrhein-Westfalen zu sagen hat?

Würde sich das Umweltministerium um die Umsetzung der befassten Beschlüsse aus den Anträgen Drucksache 17/16579 und Drucksache 17/15755 bemühen, bräuchte es diesen Antrag nicht.

(Beifall von der FDP)

Herr Minister Krischer, dank Ihrer Nichttätigkeit verlieren wir an dieser Stelle sehr viel wertvolle Zeit. Darüber hinaus fehlen in dem vorliegenden Antrag von CDU und Grünen konkrete Maßnahmen. Das sehen nicht nur die Oppositionsfraktionen so, sondern das ist Ihnen soeben auch vom NABU per Pressemeldung bestätigt worden. Was ist zum Beispiel mit konkreten Maßnahmen für die Landwirtschaft? Diese soll darin unterstützt werden, ihre Flächen naturverträglich zu bewirtschaften. Ich frage Sie: Mit welchen konkreten Maßnahmen möchte Schwarz-Grün die Landwirtschaft unterstützen? Davon steht in Ihrem Antrag nämlich nichts.

Schwarz-Grün schreibt von innovativen Lösungen. Aber welche sind damit gemeint, meine Damen und Herren? All diese Fragen bleiben hier offen.

Meine Damen und Herren, Schwarz-Grün will einen weiteren Nationalpark. Für uns Freie Demokraten kann ich sagen: Ideologisch getriebene Prestigeprojekte

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

wie die Ausweisung von Nationalparks gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort lehnen wir ab.

(Beifall von der FDP)

Die FDP-Fraktion hätte gerne gemeinsam einen Antrag aus der Enquetekommission zu diesem Thema auf den Weg gebracht, um den ergebnisorientierten Naturschutz zu stärken. Schwarz-Grün hat mit dem vorliegenden inhaltsleeren Antrag diese Chance für ein gemeinsames Signal für Biodiversität leider verтан. Das ist sehr bedauerlich.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Der Überweisung stimmen wir natürlich zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD spricht nun Herr Schalley.

Zacharias Schalley (AfD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Direkt zum Antrag. Ja, die Biodiversität ist weltweit bedroht. Da sind wir völlig einer Meinung.

Doch was genau die Schöpfung und die Vielfalt auf der Welt bedroht, das können und wollen Sie nicht sehen. Sie ordnen alle politischen Maßnahmen zum Naturschutz Ihrer heiligen Kuh des Klimaschutzes unter. Dabei ist die größte Gefahr für die Vielfalt auf der Welt ein Phänomen, das in Ihrer universalistischen Ideologie fest verankert ist: die Globalisierung.

Die fortschreitende Angleichung der Lebensverhältnisse ist die größte Gefahr für die biologische Vielfalt. Im Schlepptau des weltweiten Warenverkehrs dringen gebietsfremde Arten in Ökosysteme vor, deren Gleichgewicht sie destabilisieren. Invasive Neobiota verdrängen heimische Arten und schleppen Krankheiten ein, gegen die es in den lokalen Populationen keine Resistenzen gibt. In Ermangelung von Fressfeinden breiten sie sich ungebremst aus oder sind selbst Fressfeinde heimischer Arten, die sich dieser neuen Bedrohung nicht anpassen können.

Selbst aus Sicht der EU-Kommission ist die Verbreitung invasiver gebietsfremder Arten – und das gilt sowohl für Tiere als auch für Pflanzen – einer der Hauptfaktoren für den Verlust an biologischer Vielfalt.

Auch in der Agrobiodiversität, also der Vielfalt in der Landwirtschaft, sorgt die Globalisierung dafür, dass die Mannigfaltigkeit zurückgeht. Die globale Angleichung der Lebensverhältnisse verdrängt lokale Nutzpflanzen, Nutztiere und tradierte Anbaumethoden.

Dieser Effekt lässt sich bereits im Lokalen gut nachvollziehen: So bestimmen weniger als 20 Apfelsorten das Angebot im deutschen Lebensmitteleinzel-

handel. Vor rund 100 Jahren waren es noch über 1.000 verschiedene Sorten, die in Deutschland angebaut, verkauft und konsumiert wurden. Bei Kulturpflanzen sind bereits über 70 % der Sorten weltweit ausgestorben, bei uns in Mitteleuropa über 90 %.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Doch diesen Aspekt blenden Sie geflissentlich aus. Sie reden von Diversität, aber kommen über Rechenspiele mit Nachkommastellen bei Durchschnittstemperaturen nicht hinaus. Insofern ist die Behauptung der Grünen, dass mit der Energiewende der Klimawandel aufzuhalten und damit auch das Artensterben zu stoppen sei, völlig absurd.

Ausgestorbene Arten und zerstörte Ökosysteme leben auch nicht wieder auf, wenn wir die Ziele des Pariser Klimaabkommens einhalten. Nehmen wir dazu das Beispiel des Regenwaldes. Der Regenwald wird nicht kleiner, weil der Klimawandel für das Absterben der Bäume sorgt. Nein, in den Tropen wird der Wald gerodet, um Flächen für Sojaanbau, Palmölplantagen oder Holz zur Papierherstellung zu gewinnen, also von Ihnen bejubelte nachwachsende Rohstoffe. 2016 waren 41 % des Palmölimports nach Deutschland für die Verwendung in Biodiesel bestimmt.

Auch das Papier, für das grünerseits immer gerne als nachwachsender Rohstoff geworben wird, hat eine zweifelhafte Umweltbilanz. In der Herstellung wird fast doppelt so viel Energie benötigt wie für eine Plastiktüte. Hinzu kommt die deutlich höhere Belastung von Luft und Wasser durch Stickoxide, Schwefeldioxide und andere Chemikalien, mit denen die Zellstofffasern behandelt werden müssen.

(Norwich Rübe [GRÜNE]: Jetzt vermischen Sie aber alles miteinander!)

Sich über die Abholzung des Regenwaldes in Brasilien zu beklagen und den damit einhergehenden Verlust an Biodiversität anzuprangern, ist doppelt heuchlerisch, wenn hier in Deutschland genau dasselbe getan wird, um Industrieanlagen zur Energieerzeugung in Wäldern zu erbauen.

Gehen wir weiter in Ihrem klimapolitischen großen Sprung nach vorne. Der von den Industrieanlagen auf Kosten der Natur produzierte Strom soll dann Elektroautos aufladen. Die Akkus der Autos benötigen Lithium und Kobalt. Doch die Lithiumförderung verbraucht in Chile 21 Millionen Liter Grundwasser, sorgt für das Austrocknen der örtlichen Seen und zerstört damit den Lebensraum zahlreicher Arten. Auch Kobalt wird im Kongo unter widrigsten Bedingungen für Mensch und Natur abgebaut. Der Treppenwitz dieser Energie- und Klimapolitik: Elektroautos werden am Ende ihres Lebens samt Akku nach Afrika oder Osteuropa verschifft, also in Länder mit geringeren Umweltstandards, wo sie dann irgendwo verklappt werden.

Hier zeigt sich der wahre Kern der Globalisierung: Für das gute Gewissen wird die Umweltverschmutzung einfach ausgelagert.

Der Bergsteiger Reinhold Messner wird passenderweise mit den Worten zitiert:

Alternative Energien sind sinnlos, wenn sie genau das zerstören, was man durch sie schützen will: die Natur.

(Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Dagegen würde er sich jetzt wehren!)

Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Krischer das Wort. Bitte sehr.

Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte den Koalitionsfraktionen von CDU und Grünen für diesen Antrag ausdrücklich danken. Denn ich finde es angemessen und richtig, dass wir uns angesichts der Weltnaturkonferenz und der Einigung, die für viele unerwartet kam, hier im Landtag Nordrhein-Westfalen und in der Landesregierung mit dem Verlust der biologischen Vielfalt auseinandersetzen.

Meine Damen und Herren, das Abkommen beinhaltet, mindestens 30 % der weltweiten Land- und Meeresfläche bis 2030 unter effektiven Schutz zu stellen, und wird auf der gleichen Ebene wie das Pariser Klimaabkommen eingeordnet. Das ist ein historischer Erfolg. Insofern finde ich es absolut richtig, dass das hier im Landtag mit einem Antrag hinterlegt, diskutiert und eine Anhörung dazu durchgeführt wird. Ich danke also der Landesregierung ausdrücklich dafür, dass sie es hier zum Thema macht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir fangen hier in Europa aber nicht bei null an, denn die Europäische Union hat im Rahmen ihrer Biodiversitätsstrategie 2030 bereits entsprechende Ziele. Es geht allein darum, dass wir jetzt diskutieren müssen, wie wir das in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland umsetzen. Das ist die entscheidende Debatte, die nun geführt werden muss.

Es braucht eine Verständigung über die Art des Schutzes. Deshalb werden wir uns als Land Nordrhein-Westfalen selbstverständlich in die Debatte um die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, die überarbeitet und aktualisiert werden muss, einbringen und dort unsere Ziele, unsere Vorstellungen verankern. Wir werden auch berücksichtigen – das wurde eben schon angesprochen –, dass entspre-

chende Mittel des Bundes nach Nordrhein-Westfalen kommen müssen, um hier Dinge umzusetzen.

Wichtig ist aus unserer Sicht, dass wir bei den heute schon bestehenden Schutzgebieten über eine Fortentwicklung reden und dass wir offen darüber reden, wo es Defizite gibt und wo wir mehr tun müssen. Das gehört zusammen. Genauso gehört dazu, dass wir die Biodiversitätsstrategie aus dem Jahr 2015 fortschreiben müssen. Angesichts des Montrealer Übereinkommens ist es an der Zeit, das in Nordrhein-Westfalen voranzubringen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es wurde gerade angesprochen: Die Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die Erfolgsgeschichte in der Eifel mit einem zweiten Nationalpark fortzuschreiben. Dazu werden wir in Kürze ein Beteiligungsverfahren beginnen. Das ist ein zentrales Naturschutzprojekt der Landesregierung. Ich finde, Nordrhein-Westfalen ist groß genug für zwei Nationalparks. Es ist an der Zeit, dass sich eine Landesregierung diesem Ziel jetzt ernsthaft widmet und das umsetzt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Beim Thema „Landschaftsplanung“ haben wir schon eine ganze Menge getan, aber jetzt geht es darum, konkrete Maßnahmen zu finanzieren, Förderrichtlinien und Förderprogramme anzupassen und zu effektivieren. Das haben wir im Naturschutzetat unter anderem mit dem Programm für biologische Vielfalt getan.

Wir wollen insgesamt mehr möglich machen. Trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen ist der Naturschutz ein Handlungsschwerpunkt dieser Landesregierung.

Selbstverständlich sollen auch die Biologischen Stationen weiter und besser gefördert werden. Herr Schneider, ich kann Sie da beruhigen: Es geht selbstverständlich darum, dass die Förderrichtlinie angepasst werden muss. Das kann nur – das wissen Sie auch ganz genau – im Einvernehmen mit den kommunalen Beteiligten und den anderen im Bereich der Biologischen Stationen Aktiven geschehen. Das, meine Damen und Herren, machen wir so.

Wir stärken auch die Vertragsnaturschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft. Im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und des dazugehörigen Strategieplans stehen uns Fördermittel von insgesamt über 500 Millionen Euro für mehrjährige Umweltmaßnahmen zur Verfügung. Wir wollen nämlich, dass die Landwirtinnen und Landwirte, die sich hier engagieren, entsprechend entlohnt werden. Das werden wir in Zukunft weiter stärken.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass diese Landesregierung bei der Biodiversität, beim Naturschutz unterwegs ist. Ich freue mich auf die Diskussionen über dieses wichtige Thema im Ausschuss, bei der Anhörung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Minister Krischer. – Wir sind somit, liebe Kolleginnen und Kollegen, am Schluss der Aussprache.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/2480 an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich frage, wer der Überweisungsempfehlung zustimmt. – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Ich sehe auch keine Enthaltungen. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.**

Ich rufe auf:

3 Einsatzkräfte schützen und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaats bewahren – die Landesregierung muss Konsequenzen aus der Silvesternacht ziehen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/2553

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD der Kollegin Christina Kampmann das Wort. Sie steht auch schon am Rednerpult.

Christina Kampmann (SPD): Ganz genau. Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Politik begegnen uns jeden Tag Dinge, die man mal mehr und mal weniger nachvollziehen kann. Ein Phänomen, das seit ein paar Jahren zunehmend auftritt, ist mir – und ich glaube, auch vielen von Ihnen – aber absolut unverständlich. Angriffe auf Sanitäter, auf Feuerwehrleute, auf Polizistinnen, auf genau die Menschen, die uns eigentlich schützen, lassen sich überhaupt nicht nachvollziehen.

Für uns alle hier muss klar sein: Wer Einsatzkräfte angreift, der greift unsere gesamte Gesellschaft an. Es gibt keinen einzigen Grund, der das auch nur ansatzweise rechtfertigen kann.